

An den Kreistag

**Fraktion  
TÜBINGER LINKE  
im Kreistag**

13. November 2014

Bernhard Strasdeit  
Margrit Paal  
Dr. Emanuel Peter  
Gisela Kehrer-Bleicher

c/o Bernhard Strasdeit  
Frischlinstr. 7  
72074 Tübingen  
07071-21534  
strasdeit@t-online.de

**Antrag der Fraktion Tübinger Linke  
Anlage zum Haushalt**

**Kommunale Selbstverwaltung erhalten. Öffentliches Dienstleistungs- und Vergabewesen vor dem Freihandelsabkommen TTIP / TISA / CETA schützen.**

**Der Tübinger Kreistag fordert Transparenz bei den Verhandlungen über TTIP, TISA und CETA.  
Der Kreistag lehnt die Einschränkungen kommunaler Selbstverwaltung ab.**

1. Der Kreistag bezieht sich positiv auf die Veröffentlichung des Deutschen Landkreistages vom 8. Juli 2014 und fordert die Bundesregierung auf, die kommunale Daseinsvorsorge sowie soziale und ökologische Schutzstandards nicht durch Freihandelsabkommen zu gefährden. Der Kreistag unterstützt die Forderung des Landkreistages, dass Landkreise, Städte und Gemeinden ständig über den jeweils aktuellen Verhandlungsstand informiert werden.
2. Das Thema "Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Kommunen" kommt im Jahr 2015 im Kreistag oder im Verwaltungsausschuss auf die Tagesordnung.
3. Der Kreistag trägt zu mehr Aufklärung bei, indem er eine öffentliche Veranstaltung oder Anhörung ausrichtet. Dazu wird auch ein Vertreter des Bündnisses "TTIP unfairhandelbar" oder "Stop TTIP" als Referent geladen.

**Begründung:**

Diese Verträge tangieren direkt die kommunale Selbstverwaltung. Die Verhandlungen laufen weitgehend hinter verschlossenen Türen. Werden die Verträge der Freihandelsabkommen so, wie bislang CETA verhandelt, droht ein Abbau von demokratischen, ökologischen und sozialen Standards sowie von Verbraucherschutzrechten. Auch für die Kommunen wären die Auswirkungen massiv: Durch eine Investorenschutzklausel, die vor unabhängigen Schiedsgerichten durchgesetzt werden könnte, werden die Kommunen praktisch entmündigt. Gegen ihren Willen könnten Privatisierungen durchgesetzt werden, für nahezu die gesamte Daseinsvorsorge würden liberalisierte Marktzugangspflichten gelten. Bereits am 08.11.2013 hat der Bayerische Städtetag in einer Pressemitteilung Kritik an den Verhandlungen um die Freihandelsabkommen geäußert und auf die Risiken für die Kommunen hingewiesen. Diesem Vorstoß hat der Hauptausschuss des Deutschen Städtetags am 12. Februar 2014 zugestimmt und fordert per Beschluss einen verstärkten Einsatz der Bundesregierung bei der EU-Kommission, um die kommunale Daseinsvorsorge von den Verhandlungen auszuschließen. Ein Bündnis aus 65 Organisationen hat sich in Deutschland gebildet, darunter z.B. der BUND und der NABU; das Bündnis nennt sich "TTIP unfairhandelbar". Im internationalen Bündnis "Stop TTIP" sind über 240 Organisationen vertreten. Der Landkreis sollte sich diesem Bündnis anschließen und eigene Initiativen zur Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger ergreifen.

<http://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/1423-pressemitteilung-vom-8-juli-2014.html>